



Anti-ACTA-Proteste

Es waren nicht zwanzig, wie eine Nachrichtenagentur vermeldet hatte, es waren Hunderte, die in Gera am 25. Februar, dem zweiten europaweiten Aktionstag gegen das internationale Handelsabkommen für den Schutz von Urheberrechten (ACTA – Anti-counterfeiting Trade Agreement) auf die Straße gegangen waren. In Erfurt versammelten sich laut Polizei etwa 500 Menschen, um gegen das umstrittene Abkommen durch die Innenstadt zu demonstrieren. Auch in Eisenach waren wieder Demonstranten unterwegs.

Die Aktionen wurden von der LINKEN unterstützt. Sie hatte in der Februar-Sitzung des Thüringer Landtags dazu eine Aktuelle Stunde beantragt. Zur aktuellen Erklärung, dass die EU-Kommission den umstrittenen ACTA-Vertrag vom Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen will, um klären zu lassen, ob Grundrechte verletzt würden, sagte Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Eine Überprüfung des ACTA-Vertrages auf Verletzungen von Grundrechten ist zwar ein erster richtiger Schritt, wird jedoch der Gesamtproblematik ACTA nicht gerecht, da es nicht nur um eine juristische Einordnung und Bewertung geht. Es gilt vor allem, den Geist, der hinter dem heimlich und undemokratisch verhandelten Abkommen steht, zu kritisieren und folgend abzulehnen.“

Die Zementierung eines überholten und längst kritisch diskutierten Rechtssystems im Patent- und Urheberrecht sowie damit einhergehend die Legitimation der Überwachung des Internetverkehrs widerspricht jeglichem modernen Freiheitsverständnis. Es gilt, das Internet endlich als Instrument freier Meinungsäußerung und Teilhabe zu begreifen, anstelle Freiheit und Privatsphäre im Netz immer mehr zu beschränken“, betonte Katharina König. ■

Denn weniger ist einfach nicht zu machen

Nachdem am 23. Februar die Landtagsmehrheit den Dringlichkeitsantrag der Linksfraktion zur umgehenden Aufhebung der Haushaltssperre abgelehnt hatte, kritisierte der Sozialpolitiker der LINKEN, Matthias Bärwolff: „Es ist ein großer Irrtum zu glauben, dass die Reduzierung der Bewirtschaftungssperre von 60 auf 41 Millionen Euro die Probleme lösen kann.“

Matthias Bärwolff. Der Landtagsabgeordnete forderte stattdessen, das „ungeliebte Landeserziehungsgeld zu streichen“. Dieser Auffassung sei die Linksfraktion schon immer gewesen, zudem nehme der Landesrechnungshof gerade die Stiftung FamilienSinn unter die Lupe.

Mehr als 30 Millionen Euro stünden dann unter dem Strich zur Verfügung. Aber die „CDU ist aus ideologischen Gründen nicht bereit, die Stif-

ordnete. Dabei müsste der Ministerpräsidentin klar sein, welche Probleme im Sozial- und Bildungsbereich entstehen, wenn hier weiter gekürzt werde, habe sie doch selbst einmal das Ressort verantwortet – „und sie trägt letztlich die politische Verantwortung für einen bisher noch nicht da gewesen sozialen Kahlschlag in Thüringen.“

Nach zahlreichen Protesten hatte das Thüringer Kabinett entschieden, die Haushaltssperre von 60 auf 41 Millionen Euro zu senken. Die Ministerinnen und Minister sollen selbst entscheiden, wo sie das Geld kürzen. Dazu hatte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt: „Wir freuen uns, dass unsere Proteste eine erste Wirkung gezeigt haben und die Einsparsumme um ein Drittel verringert wurde. Im Sozialbereich ist damit aber wenig gewonnen, da die meisten Träger und Projekte schon jetzt so knapp kalkuliert haben, dass es dort nichts mehr einzusparen gibt.“

Der Haushalt sei im Sozialbereich schon derart eng genäht, dass es bei vielen Projekten keinerlei Einsparpotential mehr gebe. Ein eindrückliches Beispiel seien die Frauenhäuser und -zentren, die im vergangenen Jahrzehnt so viele Kürzungen hätten hinnehmen müssen, dass sie schon jetzt am Rande der Existenzfähigkeit arbeiteten. „Die Frauenhäuser müssen mit zwei Fachkräften auskommen – weniger ist einfach nicht zu machen“, sagte Karola Stange. Da helfe es auch nichts, wenn sie das Toilettenpapier oder die Druckerkartusche einsparen. „Wo es keine Reserven mehr gibt, kann nichts gespart werden, ohne die Einrichtung schließen zu müssen.“ Sozialministerin Taubert sitze nun zwischen Baum und Borke und müsse womöglich Einrichtungen schließen und Projekte beenden. ■



Die unzureichende Finanzausstattung der Thüringer Kommunen hatte DIE LINKE schon in den vergangenen Jahren immer wieder zu Protestaktionen sowie zu parlamentarischen Initiativen im Landtag veranlasst. Wenn „Kommunen in Not“ sind, dann leiden darunter natürlich vor allem die Bürgerinnen und Bürger. Nicht zuletzt die sogenannten freiwilligen Leistungen, die den sozialen Zusammenhalt ausmachen, stehen zur Disposition.

Vereine und Verbände, Familienzentren und Beratungsstellen seien noch immer zutiefst verunsichert und stünden täglich mehr vor der Existenzfrage, so der Abgeordnete weiter. Er verwies darauf, dass das Sozialministerium vor der unlösbaren Aufgabe stehe, etwa vier Millionen Euro einsparen zu müssen. „Aber wo soll die Sozialministerin eine solche Summe streichen, was will man machen, etwa gesetzliche Rechtsansprüche nicht umsetzen?“, fragte

Er forderte die SPD, die Erziehungsgeld zu streichen, und die SPD will den Koalitionsfrieden nicht gefährden – all dies auf dem Rücken der Betroffenen“, protestierte der sozialpolitische Sprecher.

„Mit der Bewirtschaftungssperre wird zudem der Kompromiss zum kommunalen Finanzausgleich ad absurdum geführt, denn neben den sozialen Trägern wissen auch die Kommunen immer noch nicht, was auf sie zukommt!“, betonte der LINKE Abge-

Für die Bundesversammlung gewählt

Als Wahlfrauen und -männer für die Bundesversammlung am 18. März wählte der Thüringer Landtag auf Vorschlag der Linksfraktion: Elfriede Bering, Altpropstin, Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender, Dr. Birgit Klauert, MdL, Vizepräsidentin des Landtags, Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe, Friedrich-Schiller-Universität, Andrea Wagner, Gleichstellungsbeauftragte, Weimar, Knut Korschewsky, MdL, Landesvorsitzender der LIN-

KEN. Ersatzmitglieder: Susanne Hennig, MdL, Sandro Witt, Gewerkschaftssekretär, Christian Engelhardt, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen.

Die Bundesversammlung besteht je zur Hälfte aus den Bundestagsabgeordneten und von den Ländern entsandten Mitgliedern. Dabei stellen die Länder jeweils so viele Mitglieder wie ihr Land Bundestagsabgeordnete hat. ■

Bürgerbeteiligung bei Planungsfragen

„Windrad, Tunnel, Deponie – Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren“, so der Titel einer Demokratie-Fachtagung am 3. Juli im Landtag in Erfurt. Die Veranstaltung wird getragen von den Landtags-Fraktionen von DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen sowie SPD und dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“. Damit wird die bewährte Reihe von Tagungen zur Fortentwicklung der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen

und zu Fragen der Bürgerbeteiligung bei Finanzfragen fortgesetzt.

Diesmal soll es um Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten bei Planungsvorhaben im Bereich Infrastruktur, Bau, Energie usw. gehen. Neben grundsätzlichen Fragen werden auch konkrete Thüringer „Problembaustellen“ in den Blick genommen. Interessierte sollten sich diesen Termin schon einmal vormerken, detaillierte Informationen folgen. ■